

# Re-Islamisierungstendenzen und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft und Politik am Beispiel der Türkei

*Esmâ DURUGÖNÜL\**

Die Türkei hat sich, mit der Gründung der Republik und dadurch der Hinwendung zum Westen für ihren eigenen Weg entschieden. Als demokratisches und laizistisches Land des Nahen Ostens, dessen Bevölkerung islamisch ist, kommt ihr die Rolle einer sozio-politischen und kulturellen Brücke zwischen Orient und Okzident zu. Sie wird jedoch wegen ihrer geographischen Lage auch von den Entwicklungen in den anderen Ländern der Region beeinflusst, wie z.B. die Versuche Irans die islamische Revolution zu exportieren. Die meisten Länder der Region sind zwar islamisch, aber der Islam artikuliert sich in fast jedem Land politisch anders, d.h. die kulturellen Werte, die Gesellschaftsstrukturen, und die politischen Systeme dieser Länder sind unterschiedlich. In diesem Aufsatz wird nach diesen Feststellungen eine Begriffsklärung vorgenommen und die Türkei als Fallbeispiel untersucht. Dargestellt werden die islamistischen Strömungen seit dem Zerfall des osmanischen Reiches und der Gründung der Republik, sowie die Reformen Atatürks und besonders die politischen Entwicklungen zwischen 1970-1990. Es wird versucht die Wiederbelebung des Islam in der Türkei als eine Reaktion auf den rapiden Bevölkerungszuwachs, auf beschränkte wirtschaftliche Möglichkeiten, Arbeitslosigkeit, mangelnde Chancengleichheit u.a. sozio-ökonomischen Schwierigkeiten darzulegen. Mit anderen Worten, wird hier die Reislamisierung in der Türkei als eine spezifische Antwort auf die allgemeine Krise in der Gesellschaft und die Suche nach einer Identität verstanden.

Ich möchte bevor ich auf unser Thema eingehe darauf aufmerksam machen, daß ich es an sich für problematisch halte die Türkei als Beispiel zu nehmen, wenn es um die islamischen Länder geht. Die Bevölkerung der Türkei ist zwar islamisch, wie in allen anderen islamischen Ländern, aber die Türkei stellt eine Ausnahme unter diesen dar und hat eine Sonderstellung. Sie ist nämlich das am weitesten säkularisierte Land unter den islamischen Ländern wo die Religion Privatsache jedes einzelnen ist. Säkularisierungsversuche, die jedoch nicht so erfolgreich waren, wie die in der Türkei, gab es auch in Ägypten und Tunesien.

\* A.Ü.D.T.C.F. Sosyoloji Bölümü Öğretim Üyesidir.

Ich glaube nicht, daß es eine Übertreibung wäre zu behaupten daß die Türkei, was ihre Geschichte und ihre Gegenwart besonders in Bezug auf die Religion angeht, ein Land ohne Vergleichsbeispiel ist. Sie wird als der sogenannten islamischen Welt gehörig betrachtet was im Grunde genommen nicht falsch ist. Unter anderen gehört die Türkei selbstverständlich auch dazu. Sie ist auch ein Mittelmeerland, ein asiatisches und ein europäisches Land zugleich mit dem nach Europa gerichteten Blick und mit engen Beziehungen zu Europa seit Jahrhunderten und ein Land des Nahen Ostens. Sie bemüht sich trotz ihrer schwierigen geopolitischen Lage friedliche Beziehungen mit allen Ländern der Region zu pflegen.

Die meisten Nachbarländer der Türkei sind islamische Länder, von denen manche unter sich und manche mit der Türkei Interessenkonflikte haben. Dies führt zur Instabilität in der Region. Die Türkei ist im Vergleich zu den anderen Ländern der Region das Land mit der stabilsten Demokratie. Aus diesem Grunde und weil die Türkei ein säkularistisches und europäisch orientiertes Land mit islamischer Bevölkerung ist kommt ihr eine Brücken- und Vermittlerfunktion zwischen Orient und Okzident zu. Der Türkei wird eine vermittelnde Rolle zugesprochen zwischen dem Westen und dem Balkan, Zentralasien dem Kaukasus sowie dem Nahen Osten.

Von den Entwicklungen in den Ländern dieser Regionen und besonders in den Nachbarländern wird die Türkei beeinflusst. Die Entwicklungen z.B. im Iran sind nicht ohne Konsequenzen für die Türkei geblieben. Der Iran versucht, wie bekannt, die islamische Revolution zu exportieren und dies auch in die Türkei. Saudi Arabien auf der anderen Seite agiert als die Finanzkraft der Reislamisierung und fördert z.B. Korankurse, den Moscheebau usw. u.a. auch in der Türkei.

Die säkulare Türkei ist diesen Ländern ein Dorn im Auge und eine große Bedrohung ihrer eigenen politischen Systeme. Die Türkei stellt die islamische Staatsordnung durch ihr politisches System in Frage und kann als Beispiel für ein Land mit islamischer Bevölkerung aber säkularistischer Staatsordnung angesehen werden. Diese Tatsachen zeigen den Unterschied zwischen den sogenannten islamischen Ländern deutlich.

Der Platz der dem Islam in der Türkei eingeräumt wird ist im Vergleich zu anderen islamischen Ländern bescheiden und so ist auch die Rolle, die der Islam in der Politik des Landes spielt. Die Religion bestimmt also keinesfalls die Politik des Landes sondern reagiert sie auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen. Der Islam in der Türkei führt einen Kampf um Anerkennung als einer unter vielen anderen politischen Machtfaktoren. Es geht also bei der Reislamisierung in der Türkei nicht

unbedingt um die Gründung einer islamischen Staatsordnung. Diese Behauptung werde ich noch begründen.

Selbstverständlich gibt es Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten mit den islamischen Ländern besonders wenn es um die Re-Islamisierung geht. Es muß jedoch betont werden, daß es trotzdem nicht richtig wäre von der Re-Islamisierung zu sprechen. Genauso wenig darf man von dem Islam oder den islamischen Ländern oder der islamischen Welt sprechen. Solche Verallgemeinerungen können leicht zu Mißverständnissen führen. Wenn man z.B. von der christlichen Welt spricht, gehören Deutsche genauso dazu wie Bolivianer oder Kameruner oder wenn man von den europäischen Ländern spricht gehören Engländer, Spanier aber auch Griechen dazu. Die sogenannte westliche Welt umfaßt auch die Amerikaner. Und in allen diesen Ländern hat der Christentum eine andere Färbung erhalten.

Ebenso ist es in den islamischen Ländern. Der türkische Islam ist weder mit der iranischen noch mit der indonesischen noch mit der senegalesischen Islam zu vergleichen. Der Islam enthält Elemente der jeweiligen Kultur und ist davon geprägt. Natürlich haben das jeweilige politische System und gesellschaftliche Struktur auch Einwirkungen auf die Religion.

Genau daran liegt der Unterschied zwischen der Türkei und den anderen islamischen Ländern. Nach der Gründung der Republik 1923 wurden in der Türkei Religion und Staat voneinander getrennt und die Religion unter staatlicher Aufsicht gestellt. Dies ist einmalig in den islamischen Ländern.

Es soll noch darauf hingewiesen werden, daß Re-Islamisierung (Wieder-Islamisierung) ein sehr umstrittener Begriff ist. Es ist hier die Rede von Re-Islamisierung in islamischen Ländern. Die Muslime haben nie aufgehört an den Islam zu glauben und diese Länder sind schon islamische Länder daher darf man an sich in diesem Zusammenhang nicht von der Re-Islamisierung sprechen obwohl dieser Begriff mittlerweile sehr gängig geworden ist. Es wird stattdessen von der Revitalisierung des Islam, vom Islamismus, von politischem Islam gesprochen. Wenn man jedoch davon ausgeht, daß die Re-Islamisierung in Gesellschaften stattfindet die mehr oder weniger säkularisiert sind kann man den Gebrauch dieses Begriffs rechtfertigen (Kandil, 1983: 90-91).

Ich glaube es wäre angebracht die Re-Islamisierung zu definieren, bevor ich dazu übergehe die Entwicklungen bezüglich Re-Islamisierung in der Türkei darzustellen:

Die Re-Islamisierung ist das bewußte Bemühen, die religiöse und kulturelle Integrität, d.h. die eigene Identität gegen fremde bzw. westliche Angriffe zu verteidigen und einen spezifisch eigenen Weg der Entwicklung zu demonstrieren. Man glaubt diesen Weg im Islam zu finden. Schließlich wird beabsichtigt die politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung wieder auf eine islamische Grundlage zu stellen. Die Re-Islamisierung entsteht Reaktion auf die vorhergegangene intensive Verwestlichung sowie auf die Krise der Modernisierung und auf die Verelendung (Durugönül, 1995: 81-82).

### **Die Türkei als Fallbeispiel**

Der Zerfall des osmanischen Reichs wurde durch die Unterstützung der Minderheiten und durch den Einfluß der nationalistischen Strömungen, die wegen der Einmischung der europäischen Mächte unter Vorwänden, wie Schutz der Orthodoxen (seitens der Russen), oder der Katholiken (seitens der Franzosen und Engländer) sowie der Protestanten entstanden, beschleunigt.

Die türkistischen und islamistischen Strömungen in dieser Phase des Zerfalls des Reichs entstanden als defensive Ideologien. Der Islamismus war also keine blindgläubige oder expansionistische Ideologie. Es war eine kleine Gruppe von patriotischen Intellektuellen, wie z.B. die Jungosmanen oder die Jungtürken, die versuchte, durch verschiedene Ideologien den Zerfall des Reiches zu verhindern. Beide oben genannten Strömungen wurden durch den Untergang des osmanischen Reiches und durch die Gründung der Republik in ihrer Weiterentwicklung verhindert.

Atatürk betrachtete den Islam als das größte Hindernis bei der Modernisierung und als ein Element der Rückständigkeit und als u.a. Ursache des Zusammenbruchs des osmanischen Reichs. Nach dem Unabhängigkeitskrieg 1919-1922 und der Gründung der Republik 1923 wurde der Versuch unternommen die gesellschaftlichen und politischen Strukturen zu reformieren, die den Zusammenbruch des osmanischen Reiches verursacht hatten (Steinbach, 1987: 25, Ende/Steinbach, 1984: 212).

Die Abschaffung des Kalifats 1924, die das Ende des Symbols der Einheit der islamischen Welt und die Reformen Atatürks die eine

Der Islam fand bei den Türken niemals eine blindgläubige Anwendung. Das Prinzip der Wiedervergeltung im Islam beispielsweise wurde bei den Türken niemals in Gestalt von körperlichen Strafen angewandt. Solche Strafen wurden in Geld- oder Arbeitsstrafen umgewandelt. Außerdem haben die Türken trotz des Musik-, Malerei-, Tanz- und Alkoholverbotes im Islam ihre Schamanistischen Traditionen weithin bewahrt, und Männer und Frauen haben gemeinsam in den Orden wie zum Beispiel den Mevlevi- und Bektasi-Orden mit Musik, Tanz und Alkohol ihren islamischen Glauben praktizieren können.

Übernahme europäischer kultureller und politischer Normen bedeuteten, führten zu einem Wandlungsprozeß in der Gesellschaft. Der wichtigste Schritt in diesem Rahmen war die Trennung von Staat und Religion und die Verankerung des Laizismus in der Verfassung im Jahre 1928. Das bedeutet, daß die Türkei seit 1928 ein laizistischer Staat ohne Staatsreligion ist (Binswanger, 1984: 214). Diese durch die Reformen geschaffenen Rahmenbedingungen haben verhindert, daß der Islam in der Türkei als bestimmende politische und gesellschaftliche Kraft auftreten konnte.

Einige der Reformen, die mit dem Ziel einen Bruch mit der islamischen Tradition zu schaffen durchgeführt wurden, waren:

Abschaffung des Islam als Staatsreligion (1928)

Verankerung des Laizismus in der Verfassung (1937)

Einführung des lateinischen Alphabets (1928)

Verbot der traditionellen Bekleidung (1925)

Einführung der Monogamie (1926)

Aktives und passives Wahlrecht für Frauen (1930)

Säkularisierung des Bildungswesens (1924-1939)

Ersetzung der islamischen Zeitrechnung durch die europäische (1925)

Die offizielle Staatsideologie wurde mit den sechs Prinzipien der CHF (Republikanische Volks/partei) festgelegt, der Nationalismus sowie der Laizismus wurden definiert und schließlich die Religion zu Sache jedes Einzelnen erklärt. Diese sechs Prinzipien werden als "Kemalismus" bezeichnet und sind in der Verfassung verankert: Nationalismus, Säkularismus, Reformismus, Republikanismus, Populismus, Etatismus.

Die Reformen wurden hintereinander und durch strenge Maßnahmen durchgeführt. Hinzu kamen die Entwicklungsoffensive des armen Landes sowie die Einwirkung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise der Welt (1929-30 Weltwirtschaftskrise und der II. Weltkrieg) auf die Türkei. Alle diese Faktoren führten bei den Massen, die den Reformen fremd geblieben waren und sich den neuen Umständen nicht anpassen konnten, und bei den marginalen Gruppen, wie Bauern und städtischen Arbeitern und Kleinhändlern, die sich in einer wirtschaftlichen Krise befanden, zu einer Identitätskrise und zu Rebellion und Feindseligkeit gegenüber den Reformern. Die Reformen griffen in das Leben der Massen ein, bis in die kleinsten Details wie Kleidung. Die Aufstände von 1925 und 1930 sowie die Gründung der TCF im Jahre 1924 und der SCF im Jahre 1930 können als Reaktionen auf die oben beschriebene Lage aufgefaßt werden.

In der Phase nach der Unterdrückung dieser Unruhen bis 1946, wurden Konfrontationen zwischen Rechten und Linken oder zwischen Laizisten und Religiösen von der Einparteiendiktatur wegen der kritischen Weltlage nicht toleriert. Dies änderte sich mit dem Übergang zum Mehrparteiensystem.

Nach Atatürks Tod 1938 wurde der Widerstand der Landbevölkerung gegen den Laizismus spürbar. Der Regierung wurde eine islam-feindliche Haltung vorgeworfen. Es gab einen tiefen Bruch wegen des gegenseitigen Unverständnisses zwischen der frommen Landbevölkerung und den Intellektuellen.

Der Islam definierte in der osmanischen Periode die individuelle Identität und die politische Legitimität und funktionierte als ein Mechanismus der sozialen Kontrolle. In der Übergangsphase von einem Vielvölkerstaat zum Nationalstaat diente er als eine Quelle der nationalen Einheit gegen die Besatzungsmächte. Nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem wurde die Religion ein Mittel der politischen Massenmobilisierung um durch die Politisierung der religiösen Dimension an Wählerstimmen zu kommen (Toprak, 1981:122-126/Binswanger, 1984: 212-220).

Als 1945 das Parteienverbot aufgehoben und neben der CHP andere Parteien zugelassen wurden und dann die Anwendung des laizistischen Prinzips liberalisiert wurde, wurde auch der anti-laizistische Prozeß beschleunigt. Die konservativen und rechtsgerichteten Parteien profitierten von dieser Entwicklung. Diese Parteien z.B. die DP stellten sich als Verteidiger des Islam dar und der Islam entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem Instrument des Machterwerbs und Machterhaltung.

Die erhebliche Modernisierung führte in den 50er Jahren zu großer Arbeitslosigkeit auf dem Landwirtschaftssektor die den Landflucht mit sich brachte. Durch die Überbevölkerung der Großstädte entstanden soziopolitische Probleme. Die ländliche Bevölkerung die nun in den Slum-Vierteln wohnte stellte ein Potential unzufriedener Bürger dar, die mit der fremden soziokulturellen Gegebenheiten und Veränderungen konfrontiert war.

Neben der wirtschaftlichen Liberalisierung gab es auch die auf religiösem Gebiet. Islamisch-fundamentalistische Strömungen wurden zwar nicht zugelassen aber die DP entfernte sich erheblich von Atatürks Säkularismuskonzept, wozu die CHP den ersten Schritt getan hatte um die Bevölkerungsteile anzusprechen, denen der kemalistische Säkularismus zu streng gehandhabt worden war und die eine tiefgreifende soziokulturelle

Entfremdung zu ihrer islamischen Identität befürchteten. Die DP verstand Laizismus zwar nicht als Atheismus, hielt jedoch Religionsfreiheit für genauso wichtig wie jede andere Freiheit (Özertan, 1989: 153).

Besonders im Erziehungssektor wurden Atatürks Säkularisierungsmaßnahmen allmählich in Frage gestellt und umgekehrt (Binswanger, 1984: 215). Die Religionsunterricht in allen Schulen wurde eingeführt, Imam-Hatip Schulen und der Gebetsruf in arabischer Sprache wurden wieder zugelassen, die 1925 verbotenen anti-laizistischen religiösen Orden traten an die Öffentlichkeit (Kurt, 1989: 296).

Der Mißbrauch von Religion für politische oder persönliche Ziele sowie der Mißbrauch religiöser Empfindungen in der Absicht, das Laizistische Prinzip zu schwächen, wurden durch ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz zu einem Vergehen erklärt, das mit Gefängnisstrafen zwischen 1-5 Jahren geahndet wird (Binswanger, 1984: 216).

Die wirtschaftlichen Probleme und die autoritäre Führungsmethode der DP führten zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Das Ergebnis der verstärkten Widerstand und Unruhe war der Coup d'Etat von 1960 (Özertan, 1989: 158f).

Durch die Wahlen von 5.10.1961 kehrte die Türkei wieder zur Demokratie zurück. Durch die neue liberale Verfassung von 1961 konnten Parteien aus dem ganzen politischen Spektrum in das Parlament ziehen. Durch die politischen Entwicklungen und die Klassengegensätze die daraus entstanden, wurden Parteien mit den verschiedensten Ideologien gegründet.

Für unser Thema von Bedeutung ist die Gründung der MNP (Partei der Nationalen Ordnung) 1970 unter der Führung von Necmettin Erbakan obwohl das Parteiengesetz von 1965 Parteien verbot, die das Prinzip des Laizismus nicht anerkannten. Sie hatte die mittleren und kleineren anatolischen Händler hinter sich und entstand als Reaktion auf die von der regierenden AP (Gerechtigkeitspartei) Süleyman Demireis unterstützte große Industrie und Handel der Städte und auf die Landwirtschaftsbourgeoisie auf dem Lande. Sie hielt sich in ihrem Parteiprogramm formal an die Verfassung strebte jedoch danach, dem Islam einen größeren Einfluß in Gesellschaft und Politik einzuräumen (Thomä-Venske, 1981:95).

Von den Parteien, die eine türkisch-islamische Ansicht vertreten, hat die MHP nachdem sie bis Ende der 60er Jahre den Laizismus verteidigt hat, sich auf die Türkisch-Islamische-Synthese, eine Ideologie aus nationalistischen und islamistischen Elementen, gestützt. Die

Grundeinstellung der Partei und ihre Philosophie ist der schon erwähnte Türkismus, der die nationalen Grenzen überschreitet. Der Islam ist nur ein die türkische Identität geistig-moralisch ergänzender Faktor. Nicht die Einheit im Islam, sondern die Einheit im Türkentum wird als Prinzip angenommen. Daher ist das Ideal der MHP (MCP) nicht der auf der Scharia (islamisches Recht, Gesetzgebung) basierende Staat. Diese Partei ist also weder islamistisch noch islamisch fundamentalistisch.

Die Ideologie des türkischen Islam hat der Partei einen gemäßigteren Anschein gegeben, der ihr half, die durch ihr wagemutiges Bild abgeschreckten marginalen Gruppen wieder für sich zu gewinnen, was einen Stimmenverlust für die MSP bedeutete (Agaogullan, 1987: 177-217).

Trotz der säkularistischen, streng kemalistischen und fortschrittlichen Verfassung von 1961 wurde die Religion besonders bei den Wahlen von 1965 als ein politisches Mittel mißbraucht und die Haltung der durch die Wahlen am 10.10.1965 an die Macht gekommene AP bezüglich Religion führte zu einer Wiederbelebung der islamistischen Strömung, die jedoch in der politischen Polarisierung eine weniger zentrale Rolle gespielt hat, da der Links-Rechts Streit zur Hauptkonfliktquelle in der türkischen Gesellschaft wurde.

Schließlich führten der zunehmende Terrorismus und die blutigen Auseinandersetzungen zu dem Memorandum den der Oberbefehlshaber und die Kommandeure der Teilstreitkräfte den Staats- und Parlamentspräsidenten am 12.3.1971 gaben ein, worauf hin die AP-Regierung zurücktrat (Steinbach, 1979: 49). Es folgten Verhaftungen von Studenten, Intellektuellen, Politiker, die vor Gericht gestellt wurden und in dieser Zeit wurden einige Todesstrafen vollzogen. Außerdem wurden durch eine Verfassungsänderung alle Freiheiten eingeschränkt. Die MNP wurde vom Verfassungsgericht wegen ihrer anti-laizistischen Politik verboten (Kongar, 1981: 189).

Unter den Parteien die nach den Wahlen von 14.10.1973 in das Parlament zogen, war auch die Nachfolgerin der MNP die MSP (Nationale Heilspartei) die 1972 gegründet worden war. (MSP bekam 12 Prozent der Stimmen und war die drittgrößte Partei).

Da nach diesen Wahlen monatelang keine Regierung gebildet werden konnte, bildeten die CHP und die MSP unter Bülent Ecevit eine Koalitionsregierung. Damit hatte das politische Leben der Türkei eine neue Dimension erhalten. Eine islamistische Partei und die CHP Atatürks, die den Staat gegründet und für die Einwurzelung des Laizismus gekämpft hatte, regierten jetzt das Land gemeinsam. Auch wenn der Islam politisch

organisiert war, wurde er nicht als Gefahr für die laizistische Republik angesehen, da der Artikel 163 des Strafgesetzbuches für den Schutz des Staates vor der islamistischen Gefahr da war und eine große Masse von Laizisten die Entwicklungen vorsichtig verfolgten.

Nach einer Regierungskrise war die MSP weiterhin in zwei Koalitionen beteiligt (die MC=Nationale Front Regierungen) 1975 und nach den Wahlen von 1977.

Die Gründung der MSP und die Wahlergebnisse von 1973 zeigen, daß die Religion durch die MSP ihre Legitimität als einen politischen Machtfaktor unter anderen erreicht hat.

Die MSP hat sicherlich Aufschwung von der weltweiten Wiederbelebung des Islam bekommen. Außerdem zeigen die Stimmenzahlen, die sie in den Wahlen bekommen hat und die Tatsache, daß sie in Koalitionen beteiligt war, daß die Gegensätze zwischen dem Staat und der islamistischen politischen Bewegung sich verringert hatte.

Die politische Instabilität, die vielen Regierungswechsel, die schwierige wirtschaftliche Lage (Arbeitslosigkeit, Energieengpaß, hohe Inflationsrate) führten zu große Unzufriedenheit in der Bevölkerung und zu einer Zunahme des Terrors. Nachdem der Zustand in der Türkei bürgerkriegsähnliche Ausmaße erreicht hatte, sahen sich die Militärs noch ein drittes Mal gezwungen einzugreifen. Am 12.9.1980 putschte die Armee, das Parlament wurde aufgelöst und die Parteien und Gewerkschaften wurden verboten. Diese Intervention der Militärs war u.a. auch gegen jene Kräfte gerichtet, die eine Wiederherstellung des islamischen Rechts in der Türkei forderten. Vereine, Gewerkschaften, Zeitungen wurden geschlossen und Intellektuelle unterdrückt, Parteienführer wurden verhaftet (Binswanger, 1984:212-220).

Eine neue Verfassung wurde 1982 durch eine Abstimmung vom Volk angenommen. Bei den Wahlen am 6.11.1983 konnte die von den Militärs bevorzugte MDP (Milliyetçi Demokrasi Partisi= Partei der Nationalistischen Demokratie) keinen Erfolg verzeichnen. Das türkische Volk, das drei Jahre zuvor die Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes bei der Armee sah, hat damit seinen Willen zur Rückkehr zur Demokratie bewiesen (Rüstow, 1990: 139). Die ANAP bekam den höchsten Stimmenanteil und Turgut Özal bildete die erste zivile Regierung nach 1980.

Es konnte jedoch zu der Zeit noch nicht von einer Rückkehr zur Demokratie gesprochen werden, da noch Anfang 1985 in mehr als die Hälfte der Provinzen das Kriegsrecht, das damals von den Militärs ausgerufen

wurde, herrschte. Die Verfassung, die von dem Militärregime entworfen war, band noch die Regierung und das Parlament und damit war der Spielraum der neuen Regierung begrenzt.

Die ANAP-Regierung versuchte als erstes die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Der drastische marktwirtschaftliche Kurs führte zu anhaltenden Preissteigerungen und die Zahl der Arbeitslosen wuchs. (Mitte der 80er waren aber auch hohe Wachstumsraten und ein systematischer Ausbau der Infrastruktur festzustellen).

Kurz vor den Wahlen 29.11.1987 wurde durch eine Volksabstimmung 6.9.1987 das Verbot der politischen Betätigung, das das Militärregime 1982 gegen die Parteivorsitzenden der 70er Jahre wie S. Demirel und B. Ecevit verhängt hatte, aufgehoben trotz aller Bemühungen Özals aus parteipolitischen Gründen um Nein-Stimmen zu werben, nachdem er sich anfangs für die Volksabstimmung eingesetzt hatte (Rüstow, 1990: 5).

Bei diesen Wahlen, die als demokratisch bezeichnet werden können, erhielt die ANAP wieder eine starke Mehrheit im Parlament, die DYP konnte sich als zweite Oppositionspartei etablieren und die islamisch-konservative RP bekam nicht mehr als 7.2 Prozent der Stimmen (Rüstow, 1990:9).

Am 31. Oktober 1989 wurde T. Özal zum Staatspräsidenten gewählt. Das führte dazu, daß die Türkei außer mit Problemen wie Inflation und Arbeitslosigkeit auch mit dem Widerspruch konfrontiert war, daß eine Regierungspartei das Amt des Präsidenten und über 60 Prozent der Parlamentssitze innehatte, während ihre Popularität auf den dritten Platz und auf weniger als 22 Prozent bei den Wahlberechtigten des Landes zurückgefallen war. (Dies war das Ergebnis von Kommunalwahlen März 1989) (Rüstow, 1990: 10-11).

Es darf hinzugefügt werden, daß die radikalen Strömungen, die während der "1961er Demokratie" durch die Wahlen von 1965 und 1969 ins Parlament ziehen konnten, sich in ihrem Versuch, in der Periode von 1973-1980, trotz der Verhinderung und Unterdrückung in der Phase, die mit dem 12.3.1971 angefangen und zwei Jahre gedauert hatte, als dynamische Kräfte der Politik ihren Platz einzunehmen, als erfolgreich erwiesen haben.

Bezüglich der islamistischen Strömung in der Türkei in der Phase zwischen 1980 und 1990 muß als erstes daraufhingewiesen werden, daß es in der Türkei eine weitverbreitete Meinung ist, daß die Armee Beschützerin des Laizismus sei. Auf der anderen Seite fällt es auf, daß z.B. die Militärs nach der Machtergreifung vom 12.9.1980 und die folgenden Regierungen

danach sehr tolerant gegenüber islamistische Strömungen gewesen sind. Die Tatsache, daß die führende Politiker nach den Militärinterventionen eine solche versöhnliche Haltung gegenüber diesen Strömungen einnahmen, fing damals während der 12. März-Führung (1971) an. Mit der Begründung, daß der Islam als Ideologie am besten dazu geeignet sei, als Bollwerk den Linken entgegenzutreten und, daß die Religion in der Türkei einigend sei, haben die Militärs z.B. die Imam-Hatip Schulen zu Gymnasien erhöht, um die nationalen und geistigen Traditionen zu stärken. Die Regierung entdeckte mit anderen Worten den Islam als geeignetes Instrument zur erzieherischen Entwicklung eines homogenen Nationalstaatsbewußtseins und förderte aus dieser Interessenlage die Religion (Şaylan, 1987: 62). Die führenden Politiker der 12. September-Ära (1980) haben mit dieser Politik weitergemacht. Es gab Fälle, wo der Laizismus verteidigt wurde und man sich gleichzeitig auf den Koran berief (Saylan, 1987: 72).

Die Verfassung von 1982 hat erheblich zu der Stärkung der islamistischen Strömung beigetragen. Im Gegensatz zu der 1961er Verfassung, die Freiheit bei der Entscheidung über Religionsunterricht gab, wurde mit der neuen Verfassung die Religion ein Teil des nationalen Bildungssystems.

Die Gefahr der Rückkehr zur einer islamischen Staatsordnung, d.h. Reislamisierung, ist in den letzten Jahren zum aktuellen Diskussionspunkt in der Öffentlichkeit geworden (Saylan, 1990: 63). Es wird von vielen Laizisten in der Türkei befürchtet, daß aus der Türkei ein zweiter Iran werden könnte (Nokta, 1985: 15). Zu dieser Befürchtung, die bei allen Laizisten der Türkei herrscht, führten Ereignisse wie z.B. das Verlangen derjenigen, die die Gründung eines islamisch-türkischen Staates beabsichtigen, nach der Aufhebung des Artikels 163 des Strafgesetzbuches, welcher gegen den Laizismus gerichtete Aktivitäten unter Strafe stellt, die Forderung eines Fernsehkanals für religiöse Propaganda und ihr Verlangen nach der Intensivierung des Religionsunterrichtes als Pflichtfach in allen Schulen und für alle Klassenstufen. Zwar hatte die Militärregierung tatsächlich den Religionsunterricht, von dem die Eltern ihre Kinder bis dahin durch schriftlichen Antrag hatten befreien lassen können, schon am 16.6.1983 per Gesetz Nr. 2842 als Pflichtfach für alle allgemeinbildenden Schulen eingeführt, aber die islamischen Fundamentalisten hielten diese Maßnahme nicht für ausreichend.

Die Islamisierung durch den Staat in der Türkei hat schon in den 60er Jahren angefangen, als gebildete ländliche Jugendliche ihren Platz in der Bürokratie einzunehmen anfangen. Diese Masse hat sich später an der Politik beteiligt und hat als sie in Koalitionen an die Macht kam und die

wichtigsten Ministerien in der Hand hatte, davon Gebrauch gemacht, um so viele Positionen wie möglich mit ihren Anhängern zu besetzen.

Da viele Gebildete eingesperrt waren, haben die Militärs die Führung des Landes diesen "Muslimen" mit ländlicher Herkunft überlassen. Was die Militärs nicht zu Ende führen konnten, wurde von der ANAP, in der es viele fromme Muslime gab (T. Özal war ein Anhänger des Nakbibendi Ordens) weitergeführt. Die Basis für die Islamisierung sowohl der Gesellschaft als auch der Bürokratie war mit der Verfassung von 1982 schon geschaffen (Cakir, 1990:276-277).

Der Stimmenanteil der RP=MSP von 16,9 Prozent, die nach ihrem Programm zwar den Eindruck weckt, als würde sie zum Laizismus und allen anderen Prinzipien des Kemalismus stehen, dem jedoch in dem von der Partei herausgegebenen Buch "Vorschlag für Konsens über eine Verfassungsänderung" widerspricht, stellt m. E. keinen Grund zu ernsthafter Besorgnis dar.

Außerdem sind westlich orientierte, laizistische und moderne Publizisten einflußreich bei der Meinungsbildung der Öffentlichkeit. Mit ihren Artikeln in den Zeitungen, ihren Auftritten in Diskussionsendungen im Fernsehen und ihren Vorträgen nehmen diese, der türkischen Intelligentsia angehörenden Personen, einen wichtigen Platz ein bei der Reislamisierung bzw. Laizismuskussion im Lande.

Die mit der Gründung der Republik eingeleitete westlich orientierte moderne Bildung und Erziehung hat zum Entstehen einer die Gesellschaft beherrschenden gebildeten Schicht beigetragen. Die Einstellungen dieser Schicht würden eine anti-laizistische oder der heutigen Zeit nicht entsprechende Strömung nicht zulassen. Die Wahlergebnisse haben dies immer bestätigt.

Die kapitalistische Bourgeoisieklasse, die durch die seit 1963 verfolgte Planwirtschaft reich geworden war, fand durch die seit 1983 verfolgte liberalen Wirtschaftspolitik die Möglichkeit, sich der Welt zu öffnen. Obwohl diese Gruppe das legale Gewerkschaftswesen des Westens und seine Notwendigkeit anerkennt, ist sie im allgemeinen gegenüber dem linken Gedankengut vorsichtig und neigt zu rechtem Gedankengut und Institutionen. Die Großkapitalistische Klasse ist zwar konservativ, unterstützt jedoch die großen nicht-islamistischen politischen Parteien.

Die Mehrheit der mittelständischen Berufstätigen ist für die konservativen rechten Parteien wie die ANAP und die DYP. Ein Teil in den kleineren Städte und auf dem Lande unterstützt und finanziert türkisch-

islamische Ansichten wie die der MHP und RP. Diese Klasse macht jedoch einen Wandel wegen der Verstärkung, den Massenmedien usw. durch und toleriert die liberaleren Einstellungen ihrer Kinder.

Die Landbesitzer auf dem Lande und die Produzenten, die meistens in Genossenschaften organisiert sind, sind hauptsächlich Anhänger der großen Parteien des rechten Spektrums trotz aller Bemühungen der türkisch-islamisch orientierten Parteien, sie für sich zu gewinnen.

Die türkische Armee wird immer noch als eine Institution angesehen, die die nationale Unabhängigkeitsbewegung und die Gründung eines modernen Staates mit Erfolg geführt, und die Reformen geschützt hat. Wegen ihrer Konditionierung als Schutzherr der Republik und der Reformen hat sie die Funktion des Teilhabers der zivilen Autorität weitergeführt. Jedes mal wenn die Politiker sich als nicht in der Lage, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen, erwiesen und das Land an den Rand des Ruins gebracht haben, hat die Armee interveniert und das Land entweder direkt oder durch Beteiligung an der Führung regiert.

Nach der Militärintervention vom 12.9.1980 wurde jedoch Kritik seitens der Intellektuellen, der Bürokraten und der jungen Offiziere immer lauter wegen den Interventionen der Armee im 10-Jahres-Zyklus und wegen ihrer Toleranz gegenüber den rechten und islamistischen Kreisen. Es entstand ein nationaler Konsens darüber, daß die Armee mit dem Vorwand, die Republik zu schützen, die Demokratie zerstört hat. In den letzten zehn Jahren herrscht eine demokratischere Einstellung auch in der Armee. Außerdem wurden die islamistischen Offiziere in der Armee und Studenten in der Militärakademie entlassen.

Die türkische Bürokratie, die über eine traditionelle Staatserfahrung verfügt, hat seit Gründung der Republik die Verwestlichungsbewegung beschleunigt und heute einen Kader nach dem westeuropäischen Muster gebildet. Diese Bürokratie hat bei der Verbreitung der Reformen eine große Rolle gespielt und ist immer Verfechterin des Laizismus gewesen. Daher hat sie immer die linken Parteien, wie die CHP und die SHP, unterstützt und ist gegen die islamistischen Parteien eingestellt.

### **Schlußbetrachtung**

Ab den 1950er Jahren setzte durch die Industrialisierung und besonders durch das "Wegtreiben" des wegen des hohen Bevölkerungszuwachses nicht mehr ausreichenden Bodens die Migration in die Städte ein. Dadurch entstanden viele infrastrukturelle Probleme. Die Tatsache, daß die Migrationsgeschwindigkeit größer war als die

Industrialisierungsgeschwindigkeit, führte zum Entstehen einer arbeitslosen marginalen Klasse.

Ihre Traditionen, die fremde Umgebung, die wirtschaftliche Ausweglosigkeit führen dazu, daß die marginalen Gruppen ihrer Herkunft und Erziehung entsprechend entweder extrem linke, extrem rechte oder islamistische Parteien unterstützen. Da die Linke in den 70er Jahre heftig unterdrückt und danach mit Kommunismus gleichgesetzt wurde, was abschreckend auf diese Menschen wirkte, suchte die Gruppe Zuflucht in der türkisch-islamischen Ideologie. 20 Prozent der Stimmen, die die rechten Parteien erhalten, gehören dieser marginale Klasse in den Städten und auf dem Lande.

Die marginale Gruppe auf dem Land, die nicht in die Stadt migrieren konnte, die keinen Boden besitzt oder deren Boden nicht ausreichend ist und die daher unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leidet, und außerdem von der Bereicherung in ihrer Umgebung, die sie zumindest durch die Massenmedien mitbekommt, ausgeschlossen bleibt, besteht aus armen Menschen, die in einer Krise stecken.

Auf der anderen Seite ist es eine viel beobachtete soziale Tatsache, daß die marginale Gruppe in der Stadt mit einem Gecekondu oder einer kleinen Wohnung und einem kleinen Laden anfängt und mit der Zeit auf dem Boden der Gecekondu ein größeres Haus bauen läßt und seinen Laden vergrößert und andere für sich arbeiten läßt. Die marginale Klasse auf dem Lande jedoch hat solche Möglichkeiten nicht, da sie in einer Umgebung lebt, deren Entwicklung nicht mehr voranschreitet.

Auch die Massenmedien spielen bei der Liberalisierung der Ansichten derjenigen, die sich in der Marginalität befinden, eine große Rolle, da diese Menschen dort ein Bild der ihrer Ansicht nach auch für sie erreichbaren modernen, wirtschaftlich und politisch freiheitlichen Welt bekommen. Die Migration in die Städte ab 1950 und nach Europa ab 1960 haben gewiß nicht nur zur Schaffung einer marginalen Gruppe geführt, sondern auch zu der Öffnung dieser Menschen gegenüber neuen Werten und Ansichten. Die neue Umgebung hat für viele die Funktion eines nachahmenswerten Vorbilds. Diese Tatsache kann man bei der zweiten Generation von Türken in Europa beobachten. Ihre Lebensart und -weise, Ansichten, Erscheinung usw. unterscheiden sich erheblich von denen ihrer Eltern und dies gilt auch für die Nachkömmlinge der früheren Landbewohner in der Türkei, die heute in der Stadt leben.

Trotz der Verbesserung der Lage der marginalen Klasse in der Stadt, wird die marginale Bevölkerung jedoch nicht abnehmen, da die Migration

weiter anhält. Andererseits zwingt die junge Bevölkerungsstruktur des Landes den Staat neue Arbeitsplätze und Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Andernfalls wird die Unterstützung der rechten Parteien durch die marginale Klasse nicht verhindert werden.

Es ist erfreulich, daß die Anhänger der extrem rechten und linken Parteien in der Türkei, außer einem kleinen militanten Kern, nicht zu Fanatismus neigen. Dabei spielt die Tatsache eine Rolle, daß diese Menschen die Möglichkeit sehen, sich von ihrer Marginalität retten zu können und ihre Hoffnung nicht verlieren, sowie, daß sie die Toleranz des Staates nicht mißbrauchen und in eine illegale Position rutschen wollen.

Es gibt auch Einflüsse von außen. Die Türkei bleibt wegen ihrer politischen und strategischen Lage immer im Interessenbereich der großen Staaten. Außerdem wird ihre rapide Entwicklung von ihren Nachbarländern als Gefahr betrachtet. Die Länder, deren Führungen sich durch die Religion legitimieren, betrachten die "laizistische Türkei" als ein gefährliches Modell. Alle diese Faktoren zielen auf die wirtschaftliche Entwicklung, die politische und soziale Einheit der Türkei.

Doch können wegen des von Toleranz geprägten Religionsverständnisses der Türken weder der intolerante, pragmatische wahhabitische Islam Saudi-Arabiens noch der schon konfessionell den mehrheitlich sunnitischen Türken entgegengesetzte Islam und terroristische Fundamentalismus des Iran keine Anhänger in der Türkei finden. Es soll darauf hingewiesen werden, daß das türkische Volk sogar unter den beschriebenen Umständen seinen von Blindgläubigkeit entfernten Charakter bewahrt.

Selbstverständlich tragen andere Faktoren wie die unzureichenden eigenen Ressourcen, das Stadt-Land Gefälle, der rapide Bevölkerungszuwachs dazu bei daß, die Stabilisierung im Lande sich verzögert. Wenn jedoch die exogenen Schwierigkeiten es zulassen würden, könnte die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei viel schneller vorangetrieben und die soziale Stabilität gewährleistet werden.

Mit der Gründung der Republik hat die Türkei sich für die Verwestlichung als den richtigsten Weg entschieden. Innerhalb von zehn Jahren (1923-1933) wurde ein großer Entwicklungssprung in einem Land, das über keine Ressourcen verfügte und somit sich von einer Kolonie nicht zu sehr unterschied, vollzogen. Dabei wurde eine tausend-jährige Vergangenheit aufgegeben und durch die Reformen eine laizistische Ordnung geschaffen .

Schließlich darf also behauptet werden, daß die Gefahr eines religiösen Umsturzes nach dem Vorbild der islamischen Revolution in Iran nicht besteht und die Türkei wohl keinen Rückfall in den Religionsstaat erleben könnte. Auch wenn nicht alle Vorstellungen Atatürks verwirklicht werden konnten, haben sich in der türkischen Bevölkerung, trotz mancher Mängel, die demokratischen Einstellungen, die laizistischen Traditionen und ein säkulares Bewußtsein gefestigt.

Abschließend darf hinzugefügt werden, daß die Diskussion über den Laizismus in der Türkei wohl noch länger dauern wird. Die Türkei ist ein Land mit einer sehr hohen Bevölkerungszuwachsgeschwindigkeit. Auf der anderen Seite verfügt sie über beschränkte wirtschaftliche Möglichkeiten, die zu Schwierigkeiten bei der Industrialisierung führen. Außerdem sind die sehr junge Bevölkerungsstruktur, die Arbeitslosigkeit, die nicht ausreichenden Bildungsmöglichkeiten und die mangelnde Chancengleichheit lebenswichtige Probleme des Landes. Die, trotz der Festigung relative Schwäche der demokratischen Traditionen und die Engpässe auf den Gebieten wie moderne Wissenschaft, Technologie und kulturelle Entwicklung kommen noch dazu.

Auch die Veränderungen in der ganzen Welt und die neu entstandenen internationalen Strukturen lassen die Zukunft der Türkei problematisch aussehen. Es darf jedoch in diesem Zusammenhang behauptet werden, daß der Islamismus in der Türkei eher als eine vorübergehende Bewegung denn als ein anhaltendes politisches Phänomen zu betrachten ist.

Vor dem Hintergrund der geschichtlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der türkischen Gesellschaft darf man behaupten, daß die Reislamisierung als eine spezifische Antwort auf die allgemeine Krise in der türkischen Gesellschaft zu verstehen ist. Die Massen haben den Islam bzw. die islamische Ordnung immer dann als Lösung betrachtet, wenn sie sich wegen der sozioökonomisch-kulturellen Krise in der Gesellschaft oder wegen fremder Interventionen in ihrer Identität bedroht gefühlt haben.

Also ist die Wiederbelebung des Islam in der Türkei eher eine Reaktion auf die sozioökonomische Unzufriedenheit und die Suche nach einer Identität als ein rein religiöses Phänomen. Als wichtigster Grund muß jedoch der radikale Strukturwandel erwähnt werden, den die türkische Gesellschaft durch die Reformen Atatürks durchmachen mußte. Unter diesen Umständen ist die Hauptaufgabe der Türkei die Festigung der Demokratie und dies macht die Bedeutung des Laizismus noch wichtiger. Angesichts der dargestellten Entwicklungen sollten anstelle eines Verbotes

der islamischen Bewegungen, die Ursachen für ihre Verbreitung und die Wirkungsweise des Islams auf die Gesellschaft untersucht werden. Durch die Berücksichtigung von sozialen, politischen, ökonomischen, kulturellen wie auch psychologischen Faktoren könnten die vielschichtigen Aspekte der Reislamisierung und ihre Wirkung, nicht nur auf sozial und ökonomisch deprivierten Schichten, herausgearbeitet werden. Es muß versucht werden, vor allem eine Diskussionsmöglichkeit für die unterschiedlich denkenden Teile der Gesellschaft zu schaffen und dadurch zu einem Konsens zu gelangen.

#### Literaturliste

- Agaogullari, M.A. (1987), The Ultranationalist Right, in: Schick, I.C./Tonak, E.A. (Eds.), Turkey in Transition, Oxford.
- Binswanger, K. (1984), Türkei, in: Ende, W./Steinbach, U.: Der Islam in der Gegenwart, München, S. 212-220.
- Çakir, R. (1990), Ayet ve Slogan. Türkiye'de İslami Oluşumlar, Istanbul.
- Durugönül, E. (1995) Über die Reislamisierung in der Türkei als sozial-religiöse Bewegung, Frankfurt am Main 1995.
- Ende, W. / Steinbach, U. (Hrsg.) (1984), Der Islam in der Gegenwart, München.
- Kandil, F. (1983) "Nativismus in der Dritten Welt", in: W.S. Freund u.a. (Hrsg.): Die Dritte Welt, St. Michael 10, 1/2.
- Kongar, E. (1981), İmparatorluktan Günümüze Türkiye'nin Toplumsal Yapisi, Istanbul.
- Kurt, C. (1989), Die Türkei auf dem Weg in die Moderne: Bildung, Politik und Wirtschaft vom Osmanischen Reich nis heute, Frankfurt am Main.
- Nokta vom 6. Oktober 1985.
- Özertan, N.S. (1989), Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts, Münster.
- Rüstow, D. (1990), Die Türkei. Brücke zwischen Orient und Okzident, Göttingen.
- Saylan, G. (1987), islamiyet ve Siyaset. Türkiye Örneği, Ankara.
- Steinbach, U. (1979), Kranker Wächter am Bosphorus, Freiburg.
- Steinbach, U. (1987) " Re-Islamisierung' und die Zukunft des Nahen Ostens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B4/87, S. 23-37.
- Thomä-Venske, H. (1981), Islam und Integration, Hamburg.
- Toprak, B. (1981), Islam and Political Development in Turkey, Leiden.